

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 173 (2007)
Heft: 2

Artikel: Die Armee im politischen Reformstrudel
Autor: Pfisterer, Thomas
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-70974>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Armee im politischen Reformstrudel

Wir stecken in einem politischen Wandel. Heute ist zwar nicht der Anlass für eine Armee reformdiskussion. Aber der Versuch sei erlaubt, bei Ihnen um Verständnis für die institutionelle Problematik von Veränderungen in der Politik zu werben. Uns Soldaten ist der Einsatz in schnell wechselnden Lagen vertraut. Die Politik hat damit gelegentlich Mühe; sie muss «nachexerzieren».

Thomas Pfisterer*

(Auszug aus der Festansprache anlässlich der MILAK-Diplomfeier vom 10. November 2006)

Die Politik steckt immer wieder im Wandel

Reform ist eine Daueraufgabe

Zusammenleben bedingt Ordnung. Sie hat Frieden, Stabilität und den Fortbestand zu sichern. Aber das Umfeld ändert sich. Die Sicherheitspolitik ist neuen Bedrohungen, Veränderungen in Gesellschaft und Wirtschaft sowie in Europa anzupassen. Die Aufgabenerfüllung ändert, z. B. durch technischen Fortschritt etwa beim Kriegsgerät. Auch die Demokratie ändert sich. Sie ist Herrschaft auf Zeit. Wahlperioden laufen ab, die Meinungen ändern sich; vor kurzem hätte niemand gedacht, dass sich einst die Blöcke links und rechts im Nationalrat vereinigen, um ein Rüstungsprogramm zu verwerfen!

Reform ist eine Daueraufgabe; auch die Armee 61 und 95 wurden verschiedentlich angepasst. Jede Regelung ist nur Entwurf auf Zeit, bedingt durch die jeweiligen Verhältnisse. Alles Menschenwerk ist potenziell anpassungs- und verbesserungsbedürftig. Die Wirklichkeit ist stets neu am Ziel zu messen. Dabei werden unvermeidbar Mängel entdeckt. Nicht derjenige Staat verdient Vertrauen, der keine Fehler begeht. Vertrauen verdient der Staat, der sie aufgreift und zu beheben sucht. Ordnung ist immer wieder in Ordnung zu bringen.

Jede Generation hat das Recht zur Reform, ja die Pflicht zur Reform. Wir dürfen weder die Probleme verdrängen, noch uns auf den falschen Krieg vorbereiten.

Reformen bewegen sich zwischen Ungeduld und Dauer

Reform braucht Zeit. Politik ist kein Blitz aus heiterem Himmel. Sie muss oft mühsam in einem Prozess über Zeit erarbeitet werden. Sie kann sich nicht ungestraft über Sachen und Menschen hinwegsetzen. Sie muss z. B. die neue Internationalität von Terror und Kriminalität be-

rücksichtigen. Ebenso anspruchsvoll kann es sein, Zustimmung und Mehrheit zu gewinnen. Reform, die sich keine Zeit nimmt, ist oft Illusion und blosser Ankündigung. Der Weg von der Idee zur Realisierung ist häufig steinig.

So geraten Reformen unter Zeitdruck. Demokratie ist ungeduldig. Wahlen stehen bevor, oder es herrscht die Unsitte permanenten Wahlkampfes. Die Beteiligten oder die Sachprobleme drängen. Die Armee erlebt den Zeitdruck der Schuldenbremse. Denn grundsätzlich muss jedes Budget ausgeglichen abschliessen. Es setzt also u. U. laufend kurzfristige Sparrunden voraus. Oder es geht umgekehrt um Sachanliegen, die bloss langfristig erfüllt werden können wie die strukturelle Sanierung des Bundeshaushalts. Die Politik kann nicht zaubern. Sie muss immer wieder im Spannungsfeld zwischen «Langschuss» und «Kurzschuss» optimieren, zwischen Vertiefung und Zeitgewinn. Lässt sie sich unter vermeidbaren Zeitdruck setzen, leidet die Qualität oder setzt sie sich illegitimen, z. B. parteipolitischen Spielen aus.

Reformen müssen geordnet verlaufen

Eine sinnvolle Reformstrategie auswählen

Reformarbeit ist kein Sonntagsspaziergang, wenn ein Supertanker wie die Armee umzusteuern ist. Wiederum weist uns die militärische Ausbildung auf den Weg hin: Wir müssen in die Reformen Ordnung bringen, d. h. das Chaos vermeiden, die Führung sichern, den Überblick wahren und namentlich eine sinnvolle Reformstrategie bestimmen.

Insbesondere ist zwischen «Blitzkrieg» und pragmatischer Annäherung zu wählen und zu kombinieren. Mit einem Aufschrei wie «Der Bär kommt» kann man nur selten Berge versetzen. Bei einer Armee reform und anderen Fahrten im Nebel verspricht ein anderer Weg mehr Erfolg: das pragmatische Vorgehen, oft typisch schweizerisch. Bis zur nächsten Geländekante entscheiden, so weit man sieht, die Wirkungen abwarten und dann allenfalls korrigieren. Diese schrittweise Annäherung in Sichtweite der Bevölkerung ist politisch eher mehrheitsfähig.

Dabei das richtige Schrittmass zu finden ist allerdings schwierig: Der Schritt muss

genug weit gehen, darf aber keine neue Unordnung stiften. Die Diskussion um die Aufwuchsfähigkeit lässt grüssen.

Bausteine für eine Reform in Entwicklungsschritten

Sachlich setzt die Reform voraus, dass die Beteiligten den Gesamtzusammenhang, d. h. die Problemlage und das Ziel oder die allgemeine Stossrichtung kennen. Sonst führen die kleinen Schritte insgesamt in die Irre. Militärisch fällt es niemandem ein, ohne Lagebeurteilung, ohne Bedrohungsanalyse und ohne Erarbeitung einer Absicht abzumarschieren –, wohl aber der Politik. Erst auf Grund einer umfassenden Analyse lässt sich verantwortbar eine Aktion erwägen. Den Abmarsch zu befehlen, bevor man weiss, wozu und wohin, fällt niemandem ein –, wohl aber der Politik.

Franz Georg Maier

Führer durch Alt-Paphos (Kouklia)

Mit Beiträgen von S. Hadjisavvas und M.-L. von Wartburg
Nicosia: Kulturstiftung der Bank of Cyprus, 2006, ISBN 9963-42-847-9.

Das Aphroditeheiligtum von Alt-Paphos auf Zypern besass im Altertum eine hohe Bedeutung. Ausgrabungen und Museum lohnen den Besuch auch heute. Der vorliegende Führer ist eine ausgezeichnete Vorbereitung. Er besitzt darüber hinaus noch ganz besonderen militärhistorischen Wert, existieren doch aus dem klassischen Altertum hauptsächlich drei Ausgrabungsstätten, die historisch einwandfrei zuzuordnende Belagerungen aus den Funden und in den Befunden nacherleben lassen: In Masada verteidigten sich in den Jahren 70 bis 73 nach Christus einige Hundert freiheitsliebende Juden lange gegen eine weit über zehnfache römische Übermacht, in Dura Europos am Euphrat unterlag im Jahre 256 nach Christus eine römische Besatzung den sassanidischen Belagerern König Shapurs I., Alt-Paphos schliesslich wurde 498 vor Christus von den Achämeniden König Dareios I. erobert, nachdem die Stadtbewohner sich dem Aufstand der ionischen Griechenstädte gegen das persische Joch angeschlossen hatten. Maier, Hadjisavvas und von Wartburg dokumentieren die persische Belagerungsrampe, die aus dem Inneren der Stadt unter diese getriebenen griechischen Minengänge, die Befestigungsanlage und die im Schutt gefundenen Waffen – vom Bronzehelm bis zu den Pfeilspitzen – aufs Schönste. Der interessierte Leser spürt, dankbar, ein ausgeprägtes Verständnis für die Militärgeschichte.

Jürg Stüssi-Lauterburg

* Thomas Pfisterer, Prof. Dr. iur., Oberst i GSt aD, Ständerat AG/FDP, vormals Bundesrichter und Regierungsrat.

Der Finanzrahmen für die Landesverteidigung ist offen

Budgetdebatte Wintersession 2006.

Ständerat Thomas Pfisterer (FDP, AG): «Offen ist der langfristige Finanzrahmen für die Landesverteidigung. Als ehemaliger Antragsteller zum Vorbehalt im EP 2004 stelle ich dies ausdrücklich fest. Die Finanzkommission hat nichts anderes beschlossen, sie wäre dafür auch gar nicht zuständig, die Frage ist also offen. Darf ich Sie kurz an Folgendes erinnern? Ursprünglich war für die Armee ein Rahmen von 4,3 Milliarden Franken vorgegeben, jetzt sind es nach Bundesrat – nach Bundesrat! – noch 3,85 Milliarden Franken. Das macht eine Reduktion um fast eine halbe Milliarde Franken aus. Diese Änderung hat der Bundesrat mit dem EP 2004 beantragt. Begründet wurde dies damit, die Armee brauche nicht mehr. Faktisch hat der Bundesrat so eine Armeeerform oder einen Armeeerformschritt angekündigt. Dieses Vorgehen ist im Parlament auf politische – nicht militärische – Kritik gestossen:

1. Keine Armeeerform durch die Hintertüre;
2. keine finanzpolitische Umgewichtung ohne eine gesamthafte finanzpolitische Prioritätenbeurteilung;
3. keine Armeeerform an Volk und Parlament vorbei.

Darum hat das Parlament diesen Sparauftrag blockiert. Es hat einen Vorbehalt angebracht, der in einem rechtskräftigen Gesetz steht. Dieses Gesetz ist selbstverständlich

sowohl dem Finanzplan wie dem Budget übergeordnet. Das Parlament hat verlangt, dass der Bundesrat im Jahr 2006 eine Reformvorlage unterbreitet. Der Bundesrat hat diese Bedingung erfüllt. Er ist nicht daran schuld, dass der Nationalrat die Vorlage zurückgewiesen hat.

Was ist nun die Folge für unsere Debatte hier?

1. Die mit dem EP 2004 vorgesehenen Kürzungen dürfen zurzeit nicht vollzogen werden. Sie sind auch nicht sinnvoll in den Finanzplan einzustellen. Die Finanzierungsfrage ist so offen.

2. Jetzt haben wir die Gelegenheit, diese politische Debatte zu führen, sicherheitspolitisch, aber selbstverständlich auch finanzpolitisch. Zuständig für diese sicherheitspolitische Diskussion ist unsere SiK, allenfalls kann unsere FK per Mitbericht mitdiskutieren. Selbstverständlich dürfen wir davon ausgehen, dass der Bundesrat im Rahmen der Aufgabenüberprüfung diesen Gesamtkomplex berücksichtigt. Die Vorlage des Bundesrates zur Armeeerform aus diesem Jahr 2006 ist also insofern zu erweitern, und ich bitte die SiK, dass sie dann, wenn sie uns das Geschäft vorlegt, eine sicherheitspolitische, aber auch eine finanzpolitische Beurteilung vornimmt, und zwar auf die nächsten Jahre bezogen. Erst auf dieser Grundlage kann das Parlament den Vorbehalt im EP 04 materiell diskutieren.»

Und die Frage nach den Mitteln: Es ist unvernünftig, alles nach den Mitteln zu richten. Die Frage nach den Mitteln gehört in den Kreis der Überlegungen zu Lagebeurteilung, Absicht und Aktion. Keinem Soldaten fällt es ein, zuerst die Marschausrüstung festzulegen und erst danach zu erwägen, wozu und wohin er marschieren muss –, wohl aber der Politik. Sie zählt das Ross vom Schwanz her auf, von der Finanzdebatte.

Politisch setzt die Reform voraus, dass die politisch wichtigen Entscheide demokratisch abgestützt werden. Sie sind in der Öffentlichkeit zu diskutieren und dann im Parlament und allenfalls im Volk zu fällen. Das ist ein Teil unseres Bekenntnisses zur Miliz im politischen Sinne. Und der Respekt vor der Demokratie gebietet, dass die Reformen nicht umgesetzt werden, bevor diese Diskussion und Entscheide abgeschlossen sind: Ja zu vorweggenommener Orientierung und Entscheidvorbereitung in der Verwaltung und in der Armee, aber Nein zu einem vorweggenommenen Vollzug, ohne politische Legitimation!

Ein verpatzter Einstieg, der aber heute korrigiert ist

Keine Armeeerform durch die Hintertüre

Der Gesamtbundesrat hat den Start zur laufenden Reorganisation der Armee ver-

patzt. Er hat die Regeln geordneten Wandels mehrfach verletzt. Kaum war das Papier mit dem Volksentscheid vom Mai 2003 zum Militärgesetz trocken, veranlasste der Bundesrat mit dem Entlastungsprogramm 04, dem EP 04, eine neue Reformphase. Entgegen bisherigen Annahmen brauche es für die Armee weniger Geld. Warum? Auf diese Frage gab es keine genügende Antwort. Klar, den Bundeshaushalt können wir nicht ohne Abstriche sanieren. Klar, künftige Bedürfnisse der Armee, vor allem den Aufwuchs, können wir nicht finanzieren ohne gesunde Bundesfinanzen. Aber eine Armeeerform nur aus finanziellen Gründen ist nicht zu rechtfertigen.

Keine Verdrängung der gesamthafte Prioritäten

Sachlich verletzte das gewählte Vorgehen die Regeln eines geordneten Wandels zweifach, weil primär über die Mittel diskutiert wurde, statt über Bedrohung, Ziele, Aufträge. Zweifach problematisch: Selbstverständlich ist zu prüfen, ob armeeintern mehr gespart werden kann. Zu diskutieren ist, ob die ursprünglichen 4,3 Mia. Fr. nötig oder 500 Mio. Fr. weniger genügen. Diesem Ziel-Mittel-Vergleich müssen sich Armee und Militärverwaltung stellen. Aber der hauptsächlich rein finanzpolitische Ansatz ist grundsätzlich verfehlt, weil sich darin ein Vorurteil gegen die Landesverteidigung verbergen kann. Anscheinend hat die Landesverteidigung ihren alten Vorrang

verloren. Sie ist für viele nicht mehr Teil der fundamentalen, undiskutablen Grundordnung dieses Landes. Landesverteidigung ist für sie zu einer normalen Staatsaufgabe geworden. Für den Bundesrat äussert sich dies in der Finanzpolitik; die Behandlung des Rüstungsprogramms zeigt, dass dies ebenso für die «links-rechts»-Mehrheit im Nationalrat zutrifft.

Es mag Gründe geben, diese Entwicklung zu akzeptieren; wir wollen von der Friedensdividende profitieren. Dennoch verdrängt dieser Ansatz des Bundesrats im EP 04 das wahre Problem. Die Reduktion des Stellenwerts der Landesverteidigung ist nur gerechtfertigt, wenn sie sich aus einer vorurteilslos, inhaltlich orientierten Gesamtüberprüfung aller Staatsaufgaben und -ausgaben auf Prioritäten ergibt. Darin verdient Landesverteidigung nach wie vor ein hohes Gewicht; sie befasst sich mit existenziellen Bedrohungen, mit Pflicht, nicht nur Kür.

Eine solche Gesamtüberprüfung liegt bis heute nicht vor. Erst die jetzt durch Bundesrat Hans Rudolf Merz angestossene Aufgabenüberprüfung widmet sich dieser Frage nach den Aufgabenprioritäten gründlich. Alle, die nach «weniger Armee» rufen, müssen nun dartun, warum sich bei Gesundheit, Sozialpolitik, Verkehr, Landwirtschaft usw. verglichen mit der Landesverteidigung und allen anderen Staatsaufgaben mehr Mittel rechtfertigen. Zudem müssen sie bedenken, dass weitere Ausgaben anstehen, die noch gar nicht finanziert sind und trotzdem in diese Verteilung drängen; hier an der ETH sei auf die Bildungsbotschaft verwiesen. Zu dieser Gesamtbeurteilung gehörten natürlich noch das Verhältnis zu den Kantonen (Stichwort USIS) und die staatspolitische Problematik des Einsatzes der Armee im Inneren. Die Zeit reicht nicht, diese Aspekte einzubeziehen.

Die verdrängte Frage lautet letztlich: Wie stark soll der Staat insgesamt im Verhältnis zur Volkswirtschaft wachsen, und wie viel darf im Vergleich damit die Sicherheit kosten? ■